

Dividendenstudie 2019

Ausschüttungssumme so hoch wie nie zuvor – obwohl Anleger nicht angemessen am Gewinn beteiligt werden

DSW Newsletter – Mai 2019

Editorial Seite 2

Impressum Seite 2

DSW-Aktuell

Neuer Dividendenrekord Seite 3

Experten-Tipp: Einige Vorstandsverträge
lassen zu wünschen übrig Seite 6

Squeeze-out-Welle: Rauswurf hoch drei Seite 7

US-Bank zahlt auch an deutsche

ADR-Inhaber..... Seite 8

Neue Regeln für die Kryptowelt..... Seite 9

Kapitalmarkt

Spanien: Vom Sorgenkind zum
Musterknaben Seite 10

Multi-Asset-Fonds: Wie sie funktionieren,
was sie können Seite 13

Dr. Markus C. Zschaber: Luxus
bietet Sicherheit und Rendite Seite 14

Ruhe vor dem Sturm? Was vom
Markt zu halten ist Seite 16

HAC-Marktkommentar Seite 17

Veranstaltungen..... Seite 6

Investor-Relations-Kontakte Seite 18

Mitgliedsantrag..... Seite 20

Editorial

Wir brauchen ein Ende der Egomane!



Liebe Leserinnen und Leser,

vielleicht hatten wir es niemals. Aber wenn es jemals vorhanden war, dann ist es uns inzwischen wohl abhandengekommen. Was ich meine, ist ein Wir-Gefühl, das eine enge Verbindung zwischen unseren großen, starken und teilweise weltweit erfolgreichen Unternehmen und der Bevölkerung hierzulande ausmacht. Eigentlich müssten wir doch stolz auf unsere Globalplayer sein. Sicher, auf etwas stolz zu sein, das fällt den Deutschen auch aus historischen Gründen nicht leicht. Aber gerade auf unsere wirtschaftliche Leistung in den letzten Jahrzehnten könnten wir doch mit Fug und Recht stolz sein. Leider gehört ebenfalls zur Wahrheit, dass zumindest einige Unternehmen es einem zurzeit alles andere als leicht machen. Da verwundert es nicht, wenn das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Bevölkerung immer stärker belastet ist und die Zahl derer, die sich hinter die Wirtschaft und deren Protagonisten stellen, eher kleiner als größer wird. Wie soll angesichts des Abgasskandals mit all seinen Folgen,

zahlreichen Kartellverfahren oder auch der sehr kritisch gesehenen Übernahme von Monsanto durch Bayer ein Wir-Gefühl überhaupt gedeihen? Das Vertrauen der Bevölkerung in die Unternehmen scheint geringer als jemals zuvor. Da helfen auch keine leeren Worthülsen oder ausgefeilte Imagekampagnen. Taten sind gefragt, die erkennen lassen, dass die öffentliche Meinung bei Unternehmensentscheidungen überhaupt von Bedeutung ist. Weniger „ich“ und mehr „wir“ ist hier die Lösung. Der Blick der Bevölkerung auf die Wirtschaft hat aber auch noch ganz andere, fatale Konsequenzen. Dieses Jahr werden so viele Dividenden wie noch nie von deutschen Unternehmen ausgeschüttet. Doch erneut geht der warme Dividendenregen an den Portemonnaies hierzulande vorbei. Das ist auch mit dem fehlenden Wissen über Aktien und Anlegen zu erklären. Im Kern ist es aber vor allem ein Mangel an Vertrauen. Die deutsche Wirtschaft hat die Kraft, den Turnaround zu meistern. Machen ist auch hier stärker als Reden.

Ihr Marc Tüngler

Impressum

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.
 Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
 Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60
 E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

Geschäftsführung:
 Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfisher (Geschäftsführer)
 Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

Redaktion:
 Christiane Hölz (DSW e. V.), Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen. Die Beiträge in diesem Newsletter stellen weder ein Angebot noch eine Aufforderung, Beratung oder Empfehlung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren dar. Die Wertentwicklung in der Vergangenheit ist kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.

Werbung:
 DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

Geschäftsführung:
 Thomas Hechtfisher, Marc Tüngler

Ansprechpartner:
 Christiane Hölz, 0211-6697-15; christiane.hoelz@dsw-info.de
 Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
 Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

Technische Umsetzung: Zellwerk GmbH & Co. KG

Bildnachweis: Seite 1 und 5: © Rattana.R - Fotolia.com; Seite 2 und 6: Matthias Sandmann; Seite 3: © Eisenhans - Fotolia.com; Seite 7: © Stockfotos-MG - Fotolia.com; Seite 9: © jd-photodesign - Fotolia.com; Seite 10: © fotomek - Fotolia.com; Seite 11; Seite 15: © Addoro - Fotolia.com

Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de



DSW-Aktuell



Neuer Dividendenrekord

Deutsche Aktiengesellschaften schütten für das Geschäftsjahr 2019 so viel aus, wie niemals zuvor. In Euphorie sollten Anleger nun aber nicht verfallen. Vor allem die zu geringe Ausschüttungsquote und die an Fahrt verlierende Wirtschaft drücken auf die Stimmung.

Über 57 Milliarden Euro werden deutsche Aktiengesellschaften 2019 an ihre Anteilseigner ausschütten. Damit wird die Dividendenrekordsumme des vergangenen Jahres, die bei rund 53,6 Milliarden Euro lag, nochmals um 6,6 Prozent übertroffen. Das ist das Ergebnis der Dividendenstudie, die die DSW in Kooperation mit der FOM Hochschule (isf – Institute for Strategic Finance)

und der Research-Plattform DividendenAdel erstellt hat. Untersucht wurden erneut die im Prime- und Generalstandard sowie im Freiverkehr notierten AGs – insgesamt knapp 600 Unternehmen. „Alle untersuchten Börsensegmente konnten bei den Ausschüttungen zulegen. Zudem ist die Quote der Dividendenzahler insgesamt von 64 Prozent auf 66 Prozent gestiegen“, sagt DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler. „Im DAX30 lag die Quote zum zweiten Mal, nach 2018, sogar bei 100 Prozent“, so Tüngler weiter.

Kein neuer Dividendenrekord in Sicht

Trotz der Rekorde sieht der DSW-Mann allerdings bereits erste Wolken am derzeit noch blauen Dividendenhimmel: „Die wirtschaftlichen Rahmendaten verschlechtern

Mehr als 57 Milliarden Euro

Gegenüber dem Vorjahr steigt das Ausschüttungsvolumen auf über 57 Milliarden Euro – ein neuer Rekord

Quelle: DividendenAdel





BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT
–Aktiengesellschaft von 1877–
 ISIN DE0005261606, WKN 526160

Einberufung der 139. ordentlichen Hauptversammlung

Sehr geehrte Aktionärinnen, sehr geehrte Aktionäre!

Die 139. ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft findet am **Mittwoch, 12. Juni 2019, 10.00 Uhr** im Congress Centrum Bremen, Hanse Saal, Bürgerweide, 28209 Bremen, statt.

Wir erlauben uns, Sie hierzu herzlich einzuladen.

TAGESORDNUNG

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses, des gebilligten Abschlusses zur Erfüllung der Konzernrechnungslegungspflicht und des gebilligten Gruppenabschlusses, der Lageberichte sowie des Gruppenlageberichts einschließlich des erläuternden Berichts zu den Angaben nach § 289a Absatz 1, § 315a Absatz 1 des Handelsgesetzbuches jeweils zum 31. Dezember 2018 der BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT -Aktiengesellschaft von 1877- und der BLG LOGISTICS sowie des Berichts des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2018
2. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 2018
3. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2018
4. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2018
5. Beschlussfassung über die Wahl des Prüfers für den Jahresabschluss, den Abschluss nach § 315e HGB sowie den Gruppenabschluss für das Geschäftsjahr 2019

Der vollständige Wortlaut der Einberufung mit den Beschlussvorschlägen und Teilnahmebedingungen sowie weiteren Informationen wurde im Bundesanzeiger am 26. April 2019 veröffentlicht. Sie wird allen Aktionären zugesandt und kann auch nebst weiteren Unterlagen auf der Internetseite unter www.blg-logistics.com/ir im Bereich „Hauptversammlung“ eingesehen werden.

Bremen, im April 2019

BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT
–Aktiengesellschaft von 1877–
 DER VORSTAND

sich zusehends. Schon jetzt treten einige AGs bei ihren Prognosen für das laufende Geschäftsjahr deutlich auf die Euphoriebremse.“ 2019 könne also vorerst den Peak bei den Dividendenzahlungen markieren, ist Tüngler überzeugt. „Bei genauerer Analyse der Studienergebnisse zeigt sich, dass es klar weniger Anhebungen und mehr Kürzungen bei den Gewinnausschüttungen gegeben hat als im Vorjahr“, ergänzt Studienautor Christian W. Röhl.

Schrumpfende Ausschüttungsquote

Ein weiteres Signal für eine Eintrübung der Erwartungen dürfte die Entwicklung der durchschnittlichen Ausschüttungsquote der Unternehmen sein. Bei den Auswahlindeizes DAX, MDAX und SDAX ist sie von 42 Prozent im Vorjahr auf nun 40 Prozent gefallen. „Offenbar bauen die Gesellschaften mit Sicht auf schlechtere Zeiten jetzt lieber ein Finanzpolster auf, statt ihre Aktionäre angemessen am Gewinn zu beteiligen“, kritisiert Tüngler diesen Rückgang. Die DSW fordert von AGs eine Ausschüttungsquote von 50 Prozent. „Sicher kann es gerade bei Unternehmen, die starkes Wachstum finanzieren müssen, Gründe geben, deutlich weniger als die Hälfte des Gewinns auszuschütten. Das Bilden eines weichen Kapitalkissens für den Vorstand ist allerdings kein ausreichender Grund für die Zurückhaltung bei der Dividende“, stellt Tüngler klar. Wie schon im Vorjahr falle die Dividendensumme trotz der Rekordhöhe also eigentlich zu niedrig aus, so das Fazit des DSW-Mannes.

Den mit Abstand größten Anteil an der hohen Ausschüttungssumme werden einmal mehr die 30 im DAX notierten Gesellschaften an ihre Aktionäre überweisen. Mit 38,6 Milliarden Euro zeichnen die größten deutschen AGs für knapp 68 Prozent der gesamten Dividendensumme verantwortlich. Um immerhin 5,7 Prozent legen die Gewinnausschüttungen der ersten Börsenliga zu. „Der Zuwachs resultiert aber nicht zuletzt daraus, dass Linde nach der Fusion mit dem US-Unternehmen Praxair über 500 Millionen Euro mehr auszahlt“, ordnet Röhl die Zahlen ein. 21 DAX-Gesellschaften heben ihre Dividendenzahlungen an, das sind drei weniger als im Vorjahr. „Fünf Firmen schütten mehr aus als sie für 2018 an Gewinn ausweisen, darunter auch Bayer. Hier liegt die Ausschüttungsquote auf GAAP-Basis bei 150 Prozent“, so Röhl.

Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de





Allianz, Daimler und Telekom schütten über 10 Milliarden Euro aus

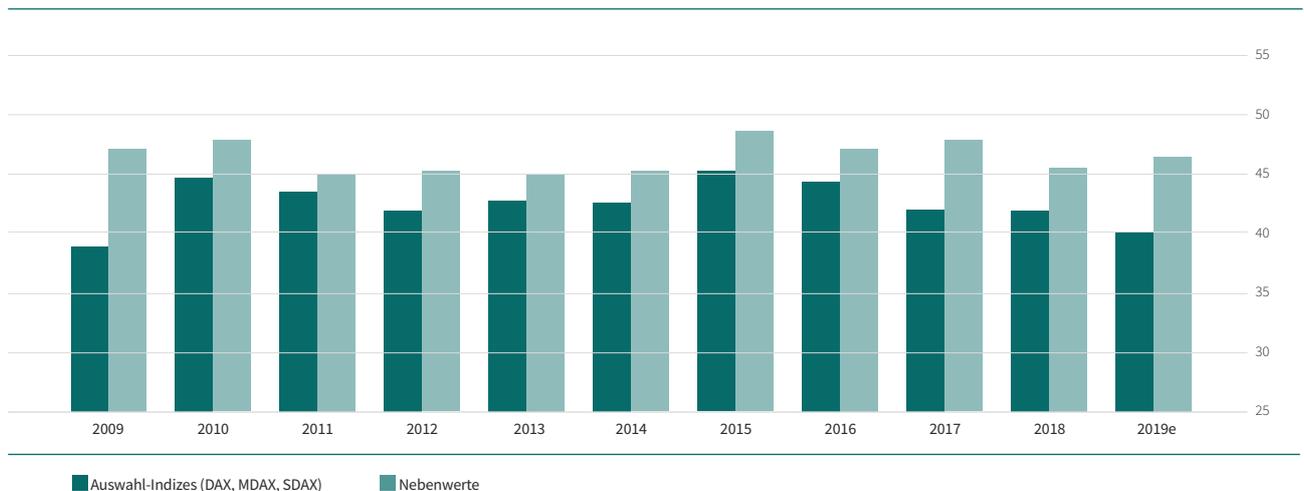
Einen Wechsel gab es bei den Top-Drei-Dividenden-Zahlern, die zusammen über 10 Milliarden Euro ausschütten. „Mit rund 3,8 Milliarden hat die Allianz sich auf den ersten Rang geschoben“, sagt Röhl. Der Versicherungskonzern schüttet 12,5 Prozent mehr aus als im Vorjahr. Um 11 Prozent nach unten auf knapp 3,5 Milliarden Euro ging es dagegen für den Vorjahres-Primus Daimler. Rang drei belegt mit gut 3,3 Milliarden Euro, was einem Plus von 7,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht, die Deutsche Telekom.

Bei den kleineren Gesellschaften, die insgesamt gerade einmal rund 4,3 Milliarden Euro an Dividenden auszahlen, ist der Anteil der Dividendenzahler von gut 55 Prozent im Vorjahr auf nun 58 Prozent gestiegen. „Die Entwicklung bei den Nebenwerten ist zwiespältig. So ist die Zahl der AGs, die Gewinne ausschütten, trotz des leichten Anstiegs immer noch viel zu niedrig. In den Auswahlindizes liegt die Zahlerquote bei 88 Prozent. 14 Prozent der kleinen AGs zahlen keine Dividende, obwohl sie Gewinne gemacht haben. Diese Quote liegt bei den Auswahlindizes nur halb so hoch. Andererseits liegt die durchschnittliche Ausschüttungsquote mit 47 Prozent deutlich über der der Auswahlindizes“, sagt Tüngler.

50-Prozent-Marke klar verfehlt

Die DSW empfiehlt eine Ausschüttungsquote von 50 Prozent. Davon haben sich die in den Indizes vertretenen Unternehmen weiter entfernt.

Quelle: DividendenAdel



Arithmetisches Mittel der Ausschüttungsquoten, wobei nur Unternehmen mit einer Quote >0% und <100% berücksichtigt werden.

Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin



Einige Vorstandsverträge lassen zu wünschen übrig

Frage: Aktuell wird ja intensiv über die Vergütung für den ausscheidenden Airbus-Chef Tom Enders diskutiert. Hat Herr Enders mit seinem Ausscheiden aus dem Vorstand der Gesellschaft wirklich knapp 37 Millionen Euro erhalten? Und wenn ja, wie kann so etwas in Zukunft vermieden werden?

Antwort: Nach uns vorliegenden Informationen soll Tom Enders mit seinem Ausscheiden aus der Airbus-Gesellschaft tatsächlich 36,8 Millionen Euro als „goldenen Fallschirm“ erhalten. Allein 26,3 Millionen Euro entfallen auf Pensionszahlungen. Hier ist es aus Sicht der DSW überlegenswert, ob nicht jeder Vorstand selbst für seine Altersvorsorge verantwortlich sein sollte und dies nicht – wie bisher üblich – eine Verpflichtung der Gesellschaft ist. Hinzukommen noch Aktienoptionen, die mit 7,3 Millionen Euro bewertet werden. 3,2 Millionen Euro erhält er zudem als Entschädigung dafür, dass es ihm verboten ist, sofort zu einem Wettbewerber zu wechseln. Diese in Vorstandsverträgen regelmäßig üblichen Wettbewerbsklausel ist im vorliegenden Fall allerdings einer Überprüfung wert. Ist bei einem ausscheidenden Vorstandsvorsitzenden mit einem Alter von 60 Jahren wirklich zu befürchten, dass er direkt zum Konkurrenten Boeing wechselt? Mit zunehmenden Lebensalter erscheint diese Option immer unwahrscheinlicher. Von daher sollten sich Aufsichtsräte gut überlegen, ob sie in jedem Fall eine Entschädigung für Wettbewerbsverbote zahlen. Oder ob sie diese nicht an eine Altershöchstgrenze von 60 oder 62 Jahre koppeln sollten, um solche Fälle zu vermeiden.



Veranstaltungen

Aktien- und Anlegerforen

Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen Aktien- und Anlegerforen** präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten eröffnet sind – so zum Beispiel der unmittelbaren Diskussion mit dem Management.

Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um circa 21:00 Uhr.
Derzeit sind Veranstaltungen in folgenden Städten geplant:

Datum	Ort
23. Mai	Düsseldorf

Terminverschiebungen sind grundsätzlich möglich. Bitte besuchen Sie daher unsere Veranstaltungsseite auf www.dsw-info.de oder wenden sie sich an seminare@dsw-info.de. Dort finden Sie weitere Termine und können sich auch für obige Aktienforen anmelden.

Rauswurf hoch drei

Sowohl Linde als auch Diebold Nixdorf und Innogy wollen ihre Minderheitsaktionäre los werden. Zumindest was die Höhe der Abfindungsangebote angeht, besteht für Aktionäre noch ein wenig Hoffnung.

Niemand wird gerne rausgeworfen. Da machen Aktionäre keine Ausnahme. Doch mittels eines sogenannten Squeeze-out, was übersetzt so viel wie „herausquetschen“ bedeutet, können Großaktionäre genau das tun. Sie können die restlichen Investoren endgültig loswerden. Einzige Voraussetzungen: 90 Prozent Anteilsbesitz, ein Hauptversammlungsbeschluss und ein dem Wert des Unternehmens angemessenes Abfindungsangebot an die verbliebenen Minderheitsaktionäre. Damit die Rausgeworfenen dabei nicht völlig vom guten Willen des Rauswerfers abhängig sind, ist die Höhe des Angebots per Spruchverfahren gerichtlich überprüfbar. „Wehren können sich die betroffenen Anteilseigner allerdings nicht. Ihre Aktien werden ausgebucht“, sagt DSW-Geschäftsführer Thomas Hechtfisher.

DSW leitet bei Linde und Diebold Nixdorf Spruchverfahren ein

Das haben gerade die Anteilseigner der Linde AG zu spüren bekommen, die das im Rahmen des Zusammenschlusses mit dem US-Unternehmen Praxair gemachte Umtauschangebot ausgeschlagen hatten. Der am 12. Dezember 2018 beschlossene Squeeze-out wurde jetzt endgültig vollzogen. 189,46 Euro je Linde-Aktie erhielten die – nun ehemaligen – Linde-Anteilseigner. „Wir werden hier ein Spruchverfahren einleiten“, kündigt Hechtfisher an. Anwaltlich betreut werde das Verfahren seitens der DSW von Daniela Bergdolt, Vizepräsidentin der Schutzvereinigung.

Ebenfalls beschlossen, wenn auch noch nicht endgültig umgesetzt, ist das Squeeze-out bei der Diebold Nixdorf AG. „Hier ist die Situation allerdings ein wenig komplexer“, sagt Hechtfisher. Die Aktionäre haben aktuell drei Handlungsmöglichkeiten: „Wer nichts macht, dessen Aktien werden – sobald der Squeeze-out rechtlich wirk-

sam ist – ausgebucht. Im Gegenzug gibt es dann 54,80 Euro je Anteilschein. Auch hier wird es ein Spruchverfahren geben“, erläutert der DSW-Mann. Die beste Möglichkeit sei das aber nicht, mutmaßt Hechtfisher. „Aktuell liegt der Aktienkurs bei rund 59 Euro. Ob das Spruchverfahren, das durchaus langwierig sein kann, wirklich mehr bringen wird, ist zumindest fraglich. Ein Verkauf über die Börse ist also durchaus eine Option“, so Hechtfisher. Es gebe sogar noch einen dritten Weg: „Es ist immer noch möglich, seine Papiere im Rahmen eines Anfang 2017 wirksam gewordenen Beherrschungsvertrages einzureichen. Damals lag die gebotene Abfindungshöhe bei 55,02 Euro je Aktie. Hinzu kommt auch bei dieser Variante die Möglichkeit, von einer eventuell gerichtlich festgelegten Nachbesserung zu profitieren.“ Damals wurde ebenfalls ein Spruchverfahren eingeleitet, das noch nicht beendet ist“, sagt Hechtfisher.



Innogy-Squeeze-out wohl nur noch eine Frage der Zeit

Noch nicht ganz so weit ist es beim dritten Squeeze-out-Kandidaten – dem Energiekonzern Innogy. Lange dürfte es aber nicht mehr dauern bis zum endgültigen Rauswurf der Minderheitsaktionäre. Laut Medienberichten hat der Großaktionär E.ON die erforderlichen 90 Prozent fast zusammen.

Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de

DSW
Die Anlegerschützer

US-Bank zahlt auch an deutsche ADR-Inhaber

Die Bank of New York Mellon hat überhöhte Gebühren kassiert. Nun muss sie 72,5 Millionen Dollar an geschädigte Investoren zahlen, deutsche Anleger inklusive.

Aktuell werden wieder etliche Anleger von ihren Depotbanken darüber informiert, dass sie die Möglichkeit haben, von einem im Rahmen einer US-Sammelklage (Class Action) erzielten Vergleich zu profitieren. Dabei geht es um sogenannte ADRs (American Depositary Receipts), für die die Bank of New York Mellon (BNYM) als ausgebende Stelle gedient hat. Der Vorwurf lautet, dass die BNYM systematisch unzulässige Gebühren von ADR-Inhabern zustehenden Dividenden abgezogen habe.

Anleger werden von Depotbank informiert

Nachdem die US-Bank sich mit den Klägern geeinigt hat, wird sie insgesamt 72,5 Millionen Dollar an geschädigte Anleger zahlen. „Bei einer US-Sammelklage haben alle Geschädigten die Chance, an einer erzielten Vergleichssumme zu partizipieren – auch solche, die nicht selbst rechtlich aktiv waren. Deshalb können Investoren, die in der Zeit vom 1. Januar 1997 bis zum 17. Januar 2019 ADRs im Depot hatten, die von der BNYM ausgegeben wurden, ihre Ansprüche anmelden“, sagt DSW-Geschäftsführer Thomas Hechtfisher. Informiert werden die Betroffenen, die in der Regel nicht wissen, bei welcher US-Bank die Aktien liegen auf denen ihre ADRs basieren, von ihrer jeweiligen Depotbank.

Die Crux dabei: Der Aufwand einer Anmeldung lohnt sich eigentlich nur für solche Anleger, die wirklich hohe Stückzahlen der in Frage kommenden ADRs haben. „Wie hoch der Anteil jedes einzelnen Geschädigten an der Vergleichssumme sein wird, kann gegenwärtig noch niemand sagen“, so Hechtfisher. Das hänge am Ende davon ab, wie viele Anleger ihre Ansprüche anmelden. „Betroffene können alle im genannten Zeitraum erhaltenen Ausschüttungen addieren und von der Summe 0,53 Prozent als Anspruch geltend machen. Einer unverbindlichen ‚Hochrechnung‘ zufolge kann man dann mit einer Zahlung in Höhe von 23 Prozent dieses Betrages rechnen. Hier enden unsere Berechnungsmöglichkeiten, da wir nicht feststellen können, welche Ausschüttungen in der Vergangenheit erfolgt sind“, erklärt DSW-Mann Hechtfisher.

Bis Mitte August sollten Ansprüche angemeldet werden

ADRs sind keine echten Aktien, sie verbriefen lediglich den Aktienbesitz inklusive aller damit verbundenen Rechte. Ausgegeben werden diese „Schattenaktien“ von US-Kreditinstituten, die die zugrundeliegenden Anteilscheine in Verwahrung haben – wie eben die Bank of New York Mellon. Eingeführt wurde der ADR-Handel von der Investmentbank JPMorgan bereits 1927. Die Idee war, Aktien europäischer Unternehmen an amerikanischen Börsen handeln zu können, ohne dass diese sich dem strengen Zulassungsverfahren der amerikanischen Börsenaufsicht SEC unterwerfen müssen. „Der ADR-Handel funktioniert mittlerweile global. Sprich: Anleger können an einer deutschen Börse über eine normale Depotbank ADRs von zum Beispiel russischen Gesellschaften wie Lukoil erwerben. Die mit den ADRs verbrieften Aktien – in diesem Falle also Lukoil – liegen dann in der Regel bei einer US-Bank wie BNYM“, sagt Hechtfisher. Immerhin: Zeitdruck gibt es gegenwärtig noch keinen. „Bis zum 15. August 2019 haben die Anleger Zeit, ihre Ansprüche anzumelden“, so Hechtfisher.

Unterlagen und weiterführende Informationen zu dem BNYM-Vergleich sind erhältlich unter:

BNYM ADR FX Settlement

c/o KCC Class Action Services

P.O. Box 505030 Louisville, KY 40233-5030

E-Mail: Nominees@BNYMADRFXSettlement.com

Website: <http://www.bnymadrfxsettlement.com>

Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de





Neue Regeln für die Kryptowelt

Die DSW begrüßt den Vorstoß der Regierung zur Regulierung elektronischer Wertpapiere. Ziel muss aber eine europäische Lösung sein.

Die Zeiten, in denen Kryptowährungen von einem Kursrekord zum nächsten sprangen, liegen über ein Jahr zurück. Die bekannteste unter ihnen, der Bitcoin, hatte Mitte Dezember 2017 die 16.000-Euro-Marke übersprungen. Danach ging es steil bergab. Der von einigen Experten prognostizierte Sturz in die absolute Wertlosigkeit blieb allerdings aus. Mittlerweile liegt der Bitcoin-Kurs nach dem tiefen Fall unter 3.000 Euro wieder über 4.500 Euro. „Neben den Kryptowährungen gibt es noch eine ganze Reihe anderer auf Blockchain basierender Geldanlagevehikel. Eine stärkere staatliche Regulierung ist dringend erforderlich“, sagt die stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin Jella Benner-Heinacher. Die DSW begrüßt daher das Eckpunktepapier zu „regulatorische Behandlung von elektronischen Wertpapieren und Krypto-Token“ der Bundesregierung. „Klar ist, dass eine nationale Lösung nur ein Übergang sein kann. Wir brauchen mindestens eine europäische Lösung“, so Benner-Heinacher weiter.

„Eine stärkere staatliche Regulierung ist dringend erforderlich“

Verkaufsverbot elektronischer Wertpapiere ist nicht zielführend, aber...

Konkret soll das deutsche Recht zunächst für elektronische, also nicht mehr in Papierform vorliegende Schuldverschreibungen angepasst werden. „Dies ist ein erster Schritt. Als nächstes müsste dann die Einführung elektronischer Aktien folgen“, sagt Benner-Heinacher und ergänzt: „Den Verkauf solcher Wertpapiere an private Anleger nicht zuzulassen, wie das in dem Eckpunktepapier angedacht ist, ist allerdings nicht zielführend“. Wichtig sei vielmehr sicherzustellen, dass der Vertrieb elektronischer Anleihen via Blockchain dem gleichen Anlegerschutz unterliege, wie der Vertrieb „normaler“ Wertpapiere. Das gelte nicht zuletzt für die Risikoaufklärung.

Ebenfalls stärker an die gesetzliche Kandare soll das öffentliche Angebot von Kryptowährungen. Aktuell werden Bitcoins und Konsorten meist über Internet-Marktplätze oder spezielle Börsen erworben. „Hier besteht Handlungsbedarf“, sagt Benner-Heinacher. Im Blick haben die Anlegerschützer dabei in erster Linie Marktliquiditäts- und Volatilitätsrisiken. Aber auch bei der Preistransparenz, operativen Problemen wie etwa Handelsunterbrechungen oder durch fehlerhafte Informationen mögliche Marktmanipulationen gebe es Verbesserungsbedarf, so Benner-Heinacher.

Die DSW ist Mitglied von

BF BETTER FINANCE
The European Federation of Investors and Financial Services Users
Fédération Européenne des Epargnants et Usagers des Services Financiers

www.dsw-info.de

DSW
Die Anlegerschützer

Kapitalmarkt



Vom Sorgenkind zum Musterknaben

Die spanische Wirtschaft ist schon längst nicht mehr der kranke Mann Europas. Wie stabil der aktuelle Aufschwung ist, bleibt aber noch abzuwarten. Die Chancen, dass der Konjunkturmotor auch künftig rund laufen wird, stehen aber nicht schlecht. Davon könnten dann auch Anleger profitieren.

Sonne, Strand und Meer. Die Ferienzeit rückt Schritt für Schritt näher – und damit auch die Zeit, in der wieder unzählige deutsche Urlauber den häufig wolkenlosen Himmel auf der iberischen Halbinsel, den Kanaren oder Balearen genießen werden. Doch es ist noch gar nicht so lange her, da war – zumindest was die wirtschaftliche Lage angeht – wenig bis gar nichts von eitel Sonnenschein zu sehen gewesen. Nach dem Ausbruch der Finanz- und der darauffolgenden Wirtschaftskrise brannte es in Spanien an allen Ecken und Enden und das Königreich war eines der großen Sorgenkinder der Eurozone.

Nach einem kräftigen Einbruch...

Vor allem die im Zuge der Krise kräftig eingebrochenen Immobilienpreise machten der Bevölkerung, den Banken und letztendlich der gesamten Wirtschaft schwer zu schaffen. Die Arbeitslosigkeit kletterte zwischen Mitte 2007 bis Anfang 2013 von rund 8 Prozent auf über 26 Prozent, das Wachstum verharrte im gleichen Zeitraum häufig im negativen Terrain und die Staatsverschuldung stieg von rund 35 Prozent im Jahr 2007 auf über 100 Prozent des BIPs in 2014.

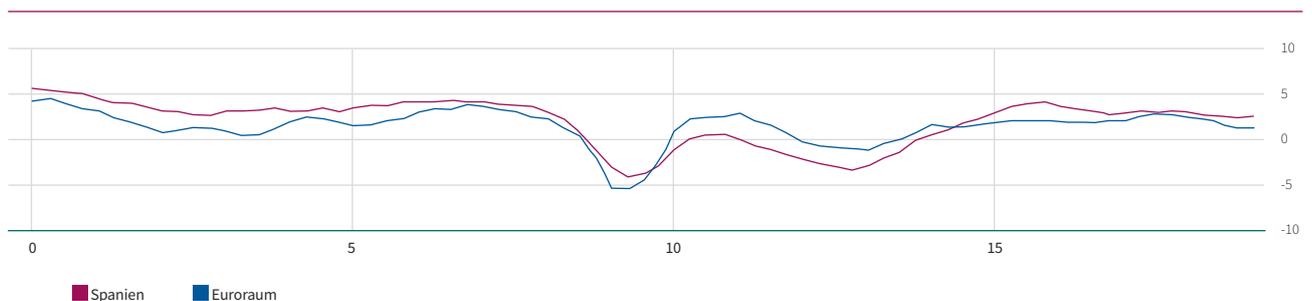
hat sich die Wirtschaft Spaniens wieder erholt

Doch im Gegensatz zu manch anderem Peripheriestaat der Eurozone hat Spanien in der Folge zahlreiche Reformen – etwa auf dem Arbeitsmarkt, im Energiesektor oder in der Finanzbranche – auf den Weg gebracht, und zwar mit Erfolg. Mittlerweile zählt die viergrößte Volkswirtschaft der Eurozone zu den Wachstumslokomotiven des Währungsraums. So verzeichnete das Königreich im ersten Quartal 2019 mit einem BIP-Plus von 0,7 Prozent das höchste Wachstum unter den vier großen Euro-Staaten. Und: Dass Spanien in Sachen Wirtschaftswachstum in Eu-

Wieder erholt

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich, Angaben in Prozent

Quelle: Eurostat | Stand: Mai 2019



Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de



ropa die Richtung vorgibt, ist keinesfalls eine Einmaleffekt. Bereits während der vergangenen vier Jahre ließ Spanien den Rest der EU weitgehend hinter sich.

Zwar bedarf es des Blicks in die Kristallkugel, um die weitere wirtschaftliche Entwicklung vorherzusagen – und der ist in der Regel alles andere als zuverlässig. Doch die Ökonomen des Internationalen Währungsfonds erwarten für das Gesamtjahr 2019 immerhin ein Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent. Zum Vergleich: Die OECD hat jüngst ihre Wachstumsaussichten für den gesamten Euroraum kräftig nach unten korrigiert. Mittlerweile erwartet die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nur noch einen BIP-Zuwachs von 1 Prozent.

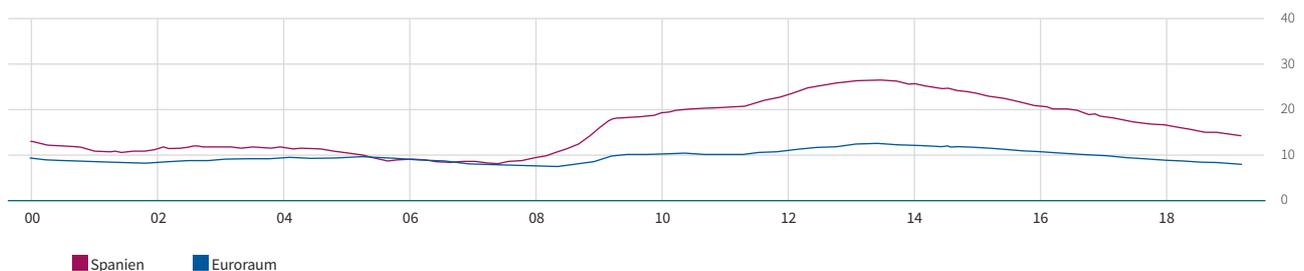
Binnenmarkt ist Motor des Aufschwungs

Getragen wird das Wachstum unter anderem von der anhaltenden Konsumlaune der spanischen Bevölkerung, die vor allem von der sinkenden Arbeitslosigkeit profitiert. Diese weist zwar mit 14 Prozent immer noch ein zu hohes Niveau auf, ist aber seit Jahren rückläufig. Aber auch einige sozialpolitische Maßnahmen stützen den privaten Verbrauch. So wurde zu Beginn des Jahres der Mindestlohn um stattliche 22,3 Prozent auf monatlich 1.050 Euro abgehoben. Und auch in der Investitionsgüterbranche läuft es rund, verzeichnete der Sektor 2018 doch mit über 86 Prozent die höchste Kapazitätsauslastung seit Jahren. Gleiches gilt für die Baubranche, der vor allem der wieder an Fahrt gewinnende Immobilienmarkt in die Karten spielt. Für 2019 erwartet die Zentralbank laut Germany Trade & Invest bei den Bauinvestitionen immerhin ein Plus von 4,5 Prozent. Ein weiteres Zeichen dafür, dass die Zeiten, in denen kräftig sinkende Immobilienpreise den Staat in eine schwere Krise stürzten, zumindest vorerst vorüber sind.

Immer noch zu hoch

Entwicklung der Arbeitslosenquote im Vergleich, Angaben in Prozent

Quelle: Eurostat | Stand: Mai 2019



Weiterhin herausforderndes Umfeld

Doch trotz der überaus erfreulichen Entwicklung in den vergangenen Jahren: Auf einer Insel der Glückseligen leben die Spanier nun aber auch nicht. Die Probleme haben sich keineswegs in Luft aufgelöst, sie sind nur kleiner geworden. So ist die Arbeitslosenquote war in den letzten Jahren Stück für Stück gesunken, weist aber mit rund 14 Prozent weiterhin ein besorgniserregendes Niveau auf. Zum Vergleich: Trotz der an Dynamik verlierenden Konjunktur schrumpfte die Arbeitslosenquote zwischen Kiel und Konstanz im April um 0,2 Prozentpunkte auf 4,9 Prozent. Auch in Sachen Staatsverschuldung hat Madrid noch die eine oder andere Herkulesaufgabe vor sich. Zwar ist auch die Schuldenquote des Staates seit Jahren leicht rückläufig. Doch auch hier gilt: Mit einer Verschuldung von rund 96 Prozent des Bruttoinlandsprodukts stehen die Spanier nach wie vor so hoch in der Kreide wie kaum ein anderes Land im Euroraum.

Spanien braucht politische Stabilität

Problematisch ist auch die politisch ungewisse Zukunft. Zwar ging Pedro Sanchez aus der Wahl am 28. April als

Die DSW ist Mitglied von

BF BETTER FINANCE
The European Federation of Investors and Financial Services Users
Fédération Européenne des Epargnants et Usagers des Services Financiers

www.dsw-info.de

DSW
Die Anlegerschützer

klarer Sieger hervor. Dennoch könnte Spanien wie bereits in den vergangenen vier Jahren instabil bleiben. Grund: Der 47-jährige Ministerpräsident, der bereits seit dem Misstrauensvotum gegen Mariano Rajoy im Juni 2018 die Geschicke des Landes leitet, erreichte mit seiner Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) nur 123 von insgesamt 350 Sitzen. Um politische Stabilität zu erlangen, braucht es also einen Partner. Und dafür benötigt PSOE-Chef Sanchez in den kommenden Wochen und Monaten viel Fingerspitzengefühl. Denn die Forderungen der potenziellen Partner passen so gar nicht zur PSOE; auf der anderen Seite wird Sanchez aber ohne weitreichende Zugeständnisse wohl keinen der potenziellen Koalitionspartner für sich gewinnen können. An und für sich dürfte ein Scheitern der Koalitionsverhandlungen keine allzu große Überraschung für die Spanier sein, hat es doch seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1975 noch nie eine Koalitionsregierung in Spanien gegeben. Dass die Sorge vor einer erneuten Blockade wie im Jahr 2016 – damals gab es nach zwei Wahlgängen innerhalb von sechs Monaten fast ein Jahr lang keine reguläre Regierung – groß ist, überrascht daher nicht wirklich.

Es bleibt nun vor allem zu hoffen, dass sich die spanische Politik nach den langen Jahren der Irrungen und Wirrungen, der Machtspiele und der Korruption endlich ihrer Verantwortung bewusst wird, die gute wirtschaftliche Entwicklung nach all den turbulenten Jahren nicht erneut aufs Spiel setzen zu dürfen. Wenn die Verantwort-

lichen verstehen, dass politische Stabilität eine unabdingbare Voraussetzung für nachhaltige Kapitalströme ist und dass ohne entsprechende Zuflüsse wichtige Investitionen ausbleiben, ist vieles erreicht. Vor allem ist dann eine Basis dafür geschaffen, dass sich das spanische Wachstum fortsetzt und die nächste qualitative Ebene erreicht werden könnte.

Aufwärtstrend an der Börse könnte anhalten

Wer mit stabilen politischen Verhältnissen rechnet und erwartet, dass die spanische Wirtschaft ihren Aufwärtstrend fortsetzt, sei ein Blick auf den IBEX 35, das spanische Pendant zum DAX, empfohlen. Zwar hat der spanische Leitindex Anlegern in den zurückliegenden Jahren unter dem Strich nicht allzu viel Freude bereitet. Doch sollte der politische Drahtseilakt glücken und Spanien in den kommenden Monaten seine Position der wirtschaftlichen Wachstumslokomotive in der EU verteidigen, könnte der zuletzt eingeschlagene Aufwärtstrend beim IBEX 35 noch eine Weile anhalten. Anleger, die die Auswahl und das Risiko von Einzeltiteln scheuen, bleibt als Alternative unter anderem ein breit gestreuter ETF auf den IBEX 35. Die Chance, dass dann auch das eigene Portfolio ein paar Sonnenstrahlen abbekommt, steht gar nicht so schlecht. Denn bis dato bleiben die Aussichten für Spanien-Investoren freundlich – fast so gut wie die Wetterprognose für die iberische Halbinsel, die Kanaren oder Balearen.

Noch Luft nach oben

Entwicklung des IBEX 35 auf Fünf-Jahres-Sicht, Angaben in Punkte

Quelle: ariva.de | Stand: 02.05.2019



Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de



Multi-Asset-Fonds: Wie sie funktionieren, was sie können

Multi-Asset-Fonds haben die Freiheit, in verschiedene Anlageklassen zu investieren. Das könnte sich vor allem im aktuellen Umfeld rechnen. Den nächstbesten Multi-Asset-Fonds sollten sich Anleger aber nicht in ihr Depot legen.

Wie geht es weiter an den Märkten? Gerade in der Spätphase einer Börsenhausse wird die Asset Allokation ein immer wichtigeres Thema. Asset Allokation meint die Gewichtung der verschiedenen Anlageklassen, wie Aktien, Anleihen oder auch Rohstoffe. Am Anfang oder auch in der Hochphase einer Börsenhausse, stellen sich diese Fragen weniger – Aktien laufen gut und entwickeln sich auch stabil. Doch sobald sich die Korrekturen mehren und das Ende des Aufschwungs näher rücken könnte, wird es Zeit, das Anlagevermögen breiter zu streuen. Anlageklassen wie Anleihen und auch Rohstoffe gewinnen an Bedeutung.

Risiko wird auf mehrere Schultern verteilt

Doch zusätzliche Anlageklassen erhöhen auch die Komplexität: Anleihen entwickeln sich abhängig von der Bonität des Emittenten, den Restlaufzeiten und des Zinsniveaus. Die Preise für Rohstoffe hängen stark an Förderquoten, der künftigen Nachfrage und anderen Einflussfaktoren. Für Privatanleger ist es in der Regel schwer, hier eine fundierte Abwägung zu treffen. An dieser Stelle kommen Multi-Asset-Fonds ins Spiel. Diese auch Mischfonds oder vermögensverwaltende Fonds genannten Anlageprodukte kombinieren mehrere Anlageklassen wie Aktien, Anleihen, Währungen, Rohstoffe und manchmal auch alternative Investments wie etwa Private Equity. Der Vorteil für Anleger:

Das Vermögen ist breit gestreut und ein solides langfristiges Fundament im Depot ist damit gelegt.

Doch welche Mischfonds gibt es und worauf sollten Anleger achten? Manche Produkte investieren lediglich in Aktien und Anleihen, andere haben auch Rohstoffe im Angebot. Eine breite Streuung können beide Varianten bieten. Viel wichtiger ist allerdings die Unterscheidung zwischen starren und flexiblen Multi-Asset-Fonds: Erstere setzen auf feste Quoten für Anlageklassen und haben also beispielsweise immer 70 Prozent Aktien und 30 Prozent Anleihen im Angebot – oder umgekehrt. Auch ausgeglichene Allokationen sind durchaus üblich. Anleger können sich dann genau den starr konzipierten Mischfonds aussuchen, der zu ihrer Anlagestrategie passt. Die Alternative zu starren Mischfonds sind flexible Produkte. Diese agieren innerhalb eines Korridors; können also je nach Marktlage manchmal Aktien und manchmal Anleihen übergewichten. Gerade in der aktuellen Marktphase versprechen sich viele Anleger von flexiblen Mischfonds den goldenen Mittelweg zwischen Chance und Risiko.

Nicht am Fundament des Portfolios sparen

Doch die Flexibilität kann auch zum Bumerang werden – und zwar dann, wenn Fondsmanager mit ihren Einschätzungen falsch liegen. Dann bremst ein zu großer Anleiheanteil die Rendite aus oder eine zu hohe Aktienquote wird in Verlustphasen teuer. Um gute flexible Mischfonds zu finden, raten Experten dazu, die Entwicklung langfristig zu betrachten. Zeiträume von drei oder fünf Jahren geben eine gute Orientierung. Wie sich ein Produkt während einer Korrektur hält, sagt ebenfalls einiges über die Strategie aus. Auch bei den Kosten sollten Anleger den Vergleich bemühen und darauf achten, dass Produkte für die Gebühren auch einen Mehrwert bieten. Unlauter ist dagegen der Vergleich mit ETFs, da der aktive Managementansatz höhere Kosten durchaus rechtfertigen kann. Wenn es um das Fundament eines Depots geht, kann es durchaus Sinn machen, höhere Gebühren in Kauf zu nehmen.

Multi-Asset-Fonds im Überblick

Quelle: fit4funds | Stand: 29.04.2019

* Total Expense Ratio = jährliche Gesamtkostenquote

Fondsname	Fondsgesellschaft	ISIN	Kurs in Euro	Performance in Prozent		Fondsvolumen in Millionen Euro	TER*	Ausgabeaufschlag in Prozent
				seit Jahresbeginn	5 Jahre			
Allianz Strategiefonds Wachstum Plus - A - EUR	Allianz Global Investors	DE0009797274	110,27	13,79	54,62	1.113	1,90	5,00
Bethmann Stiftungsfonds P	Universal	DE000DWS08Y8	117,21	4,67	12,75	499,37	k.A.	5,00
Metzler Wertsicherungsfonds 90 B	Metzler Investment (IRL)	IE00B8KKF339	130,79	3,11	14,51	219,65	1,97	5,26

Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de



Luxus bietet Sicherheit und Rendite

Die weltweite Nachfrage nach teuren und hochwertigen Gütern ist ungebrochen – nahezu unabhängig vom Auf und Ab der Konjunktur. Für Anleger eröffnen sich daher vor allem auch auf lange Sicht attraktive Renditechancen.

Von Dr. Marcus C. Zschaber

Im Mai könnten die Aktienbörsen konsolidieren. Dafür spricht weniger der Saisoneffekt – „Sell in May and go away“ – als vielmehr die wieder erreichten Kurshöhen. So befindet sich der amerikanische S&P 500 Index auf einem Rekordhoch. Und der deutsche AuswahlindeX DAX hat seit Anfang des Jahres um rund 16 Prozent zugelegt. Vor diesem Hintergrund könnte die aktuelle Unsicherheit bezüglich der konjunkturellen Entwicklung in den drei großen Wirtschaftsregionen USA, Europa und Asien Investoren zu Gewinnmitnahmen verleiten. Hinzu kommt, dass die nicht enden wollenden Diskussionen rund um den Brexit sowie der anhaltende, schwelende Handelsstreit zwischen den USA und China den einen oder anderen Anleger verunsichert.

China ist der wichtigste Markt

Wer in diesem, von zahlreichen Unsicherheiten geprägten Umfeld nach Aktien sucht, ist mit Luxusgüterherstellern gut bedient. Mehr noch: Die Anbieter hochwertiger Kleidung, Lederwaren, Uhren, Accessoires und Getränke bieten nicht nur kurzfristige Sicherheit. Sie profitieren mittel- bis langfristig auch von einer weltweit wachsenden Mittelschicht. Diese Aussichten kommen auch an der Börse gut an, wie ein Blick auf den World Luxury Index – umfasst die 20 größten und liquidesten Unternehmen der weltweiten Luxusgüterbranche – zeigt.

Vor allem in den bevölkerungsreichen Schwellenländern China und Indien steigen die Einkommen seit Jahren stetig an. Allein im Reich der Mitte zählen aktuell gut 110 Millionen Menschen zur Middle Class. Und laut dem World Wealth Report 2018 leben mittlerweile bereits 1,3 Millionen Millionäre in China. Viele von ihnen sind geradezu verrückt nach Wohlstand und wollen ihn zei-

gen. Auch deshalb ist die Volksrepublik der wichtigste Markt für die Branche. Laut der US-Bank Morgan Stanley steht China für ein Drittel der globalen Nachfrage nach Luxusgütern.

Positiv aus Sicht der Anleger ist auch, dass sie mit Luxusgüteraktien von den Wachstumschancen der Emerging Markets profitieren und dabei gleichzeitig in Firmen investieren können, die europäische Grundsätze der Unternehmensführung unterliegen. Schließlich hat das Gros der Unternehmen ihren Sitz in Frankreich, Italien und der Schweiz; einige wenige in Deutschland und Großbritannien. Und nicht zuletzt verfügen die meisten Konzerne aus der Luxusgüterbranche über ausgesprochen solide Bilanzen. Hauptgrund dafür ist die emotionale Bindung der Kunden an die Produkte. Das gibt den Anbietern eine große Preissetzungsmacht. Entsprechend hoch sind in vielen Fällen die Gewinne und die Cashflows.



Zur Person

Die Vermögensverwaltungsgesellschaft Dr. Marcus C. Zschaber ist seit ihrer Gründung vor mehr als zwei Jahrzehnten auf das Segment der aktiven Vermögensverwaltung spezialisiert und bietet diese unabhängig, hochprofessionell und langfristig orientiert an. Ihr Gründer und Geschäftsführer Dr. Marcus C. Zschaber gilt als einer der erfahrensten und renommiertesten Vermögensverwalter in Deutschland und begleitet weiterhin alle Prozesse im Unternehmen aktiv mit. Weitere Informationen finden Sie unter www.zschaber.de

Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de





Überdurchschnittliches Wachstum

Analysten trauen der Branche auch in den kommenden Jahren überdurchschnittliches Wachstum zu. Ganz ohne Risiko sind allerdings auch Luxusgüteraktien nicht. So will die chinesische Regierung den Auftragseinkauf von Chinesen aus China heraus eindämmen. Dabei beauftragen sie sogenannte Daigou-Händler, die in Europa für ihre Auftraggeber die gewünschten Produkte besorgen. Laut Morgan Stanley sind davon aber nur 5 Prozent des globalen Luxusgütermarktes betroffen. Bedeutsamer ist der aktuelle Handelskonflikt zwischen den USA und China. Sollte es hier im Mai zu einer Einigung kommen, würden Luxusgüteraktien besonders stark profitieren. Anleger, die in die Branche investieren, aber das Engagement in einzelne Aktien meiden möchten, bieten sich verschiedene breit gestreute Luxus-Fonds an.

Luxus läuft

EuroStoxx 50 und World Luxury Index im Fünf-Jahres-Vergleich, in Prozent

Quelle: ariva.de | Indiziert auf 100 am 30.04.2019



Die DSW ist Mitglied von

BF BETTER FINANCE
The European Federation of Investors and Financial Services Users
Fédération Européenne des Épargnants et Usagers des Services Financiers

www.dsw-info.de

DSW
Die Anlegerschützer

Ruhe vor dem Sturm? Was vom Markt zu halten ist

„Sell in May and go away“? Angesichts der diffusen Gesamtlage klingt das verlockend. Welche Alternativen vorsichtige Investoren haben und warum Anleger bei Aktien dabei bleiben sollten.

An den Aktienmärkten zeigt sich aktuell ein diffuses Bild: Während sich der DAX jenseits der Marke von 12.000 Punkten festgebissen hat, trübt sich die konjunkturelle Lage offenbar mehr und mehr ein. So fiel etwa der Ifo-Geschäftsklimaindex im April von 99,7 auf 99,2 Zähler. Wenig Mut macht auch die erneut korrigierte Wachstumsprognose der Bundesregierung. Statt um 1,0 Prozent soll das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr nur noch um 0,5 Prozent zulegen. Im Herbst 2018 hatte die Bundesregierung sogar noch einen BIP-Zuwachs von 1,8 Prozent prognostiziert. Was bedeutet das nun für Anleger? Wird es etwa Zeit, sich Ende April an die alte Börsenweisheit zu erinnern und den Mai für Verkäufe zu nutzen?

VDAX NEW: Anleger scheinen nicht allzu nervös zu sein

Obwohl zahlreiche Konjunkturindikatoren eine wirtschaftliche Abkühlung signalisieren, präsentiert sich der Aktienmarkt nach wie vor in prächtiger Verfassung. So kommt etwa der deutsche Leitindex DAX seit Jahresbeginn immerhin auf ein Plus von über 15 Prozent. Allzu nervös scheinen Anleger aber dennoch nicht zu sein. Dies lässt sich zumindest am VDAX-NEW, der die implizite Schwankungsintensität des DAX anzeigt, ablesen. Schließlich weist das Volatilitätsbarometer mit einem Stand von rund 15 ein äußerst niedriges Niveau auf.

Zwar lässt sich die geringe Volatilität an den Aktienmärkten dahingehend interpretieren, dass Anleger die aktuelle Lage ein wenig zu sorglos einschätzen; auf der anderen Seite könnte sie aber auch als relative Stärke interpretiert werden. So könnten Aktien nach dem Kurseinbruch im vergangenen Herbst ihre faire Bewertung gefunden haben. Kleinere Wachstumsdellen schlagen somit auf dem aktuellen Bewertungsniveau nicht mehr direkt auf die Kurse durch. Für diese Theorie sprechen auch andere Begleitumstände.

Fakt ist: Die oft herbeigeschriebene Zinswende wurde abgesagt. Notenbanken dies- und jenseits des Atlantiks haben sich zur lockeren Geldpolitik bekannt und könnten die Märkte somit auch weiterhin stützen. Hinzu kommt, dass die Lage in den Unternehmen alles andere als schlecht ist. Zwar ist die Berichtssaison noch jung und erst 19 der im STOXX 600 gelisteten Unternehmen haben bisher (Stand: 23. April 2019) ihre Quartalszahlen präsentiert. Doch sollte der Trend der ersten vorgelegten Zahlenwerke anhalten, bestünde kein Grund zur Panik. Schließlich fielen bei rund 73 Prozent der Konzerne die Gewinne höher aus als vorab von Analysten erwartet worden war.

Aktien: Mehr Schutz als Risiko

Kurzum: Anleger könnten womöglich gut damit fahren, der alten Börsenweisheit „Sell in May and Go away“ dieses Mal nicht zu folgen. Vielmehr könnte es ratsam sein, sich auf turbulenteren Marktphasen einzustellen. Das kann auf verschiedene Weisen gelingen: Vom zeitweiligen Aussetzen von Sparplänen oder Teilverkäufen bis hin zu Investments in flexible Multi-Asset-Fonds bieten sich auch Privatanlegern zahlreiche Möglichkeiten, sich gegen ein drohendes Börsenunwetter zu wappnen. Der Börse gänzlich den Rücken zu kehren, darf aus verschiedenen Gründen keine Option sein: Ein Wiedereinstieg könnte sich angesichts der bereits fortgeschrittenen Hausse als schwierig erweisen. Hinzu kommt, dass der jüngste Ölpreisanstieg gepaart mit einem möglichen Strategeschwenk der Notenbanken auch das Thema Inflation wieder auf die Agenda bringen könnte. Aktien sind für diesen Fall eine effektive Absicherung und bieten zudem das in Zeiten niedriger Zinsen stark gefragte Renditepotenzial.

Die mittelfristigen Börsenampeln stehen auf grün

Liebe DSW-Mitglieder,

die jüngste Rallye an den Aktienmärkten ist nun bereits fünf Monate alt, ohne dass es zu einer einzigen, nennenswerten Korrektur gekommen wäre. Anfang Mai werden die Finanzmedien sich traditionell wieder dem Börsenspruch „Sell in May and go away“ widmen. Kurzfristig wäre eine Korrektur durchaus angebracht, doch angesichts der Grünphasen an den weltweiten Aktienmärkten sollte eine solche, falls sie denn startet, eher als Kauf- oder als Nachkaufgelegenheit verstanden werden. In den beiden zurückliegenden Wochen gab es bereits eine Reihe von Divergenzen: Während die meisten Aktienindizes nochmals neue Jahreshochs erzielten, nahm eine größer werdende Zahl von Aktien nicht mehr an der Rallye teil. In den USA fiel die Mehrzahl der Indexaktien im Nasdaq Composite ebenso wie im S&P 500 bereits zurück. Auch beim Blick auf die Sektoren im S&P Global 1200 Index fällt auf, dass in jedem Sektor eine nennenswerte Quote (im Schnitt über 40 Prozent) von Aktien in den beiden zurückliegenden Wochen abwärts tendierte. Die meisten Verlierer gab es bei den Grundstoffen (59 Prozent), den Versorgern (62 Prozent) und im Gesundheitssektor (67 Prozent); die wenigsten bei der Industrie und im Tech-Sektor (jeweils 34 Prozent). Die kurzfristigen Schwäche-signale konzentrieren sich also nicht auf einzelne Sektoren, sondern sind überall zu finden.



Gleichwohl: Die Daten aus unserer mittelfristigen Pfadfinder-Trendmatrix haben sich in den beiden zurückliegenden Wochen nochmals verbessert. Die Zahl der von Aufwärtstrends dominierten Sektoren stieg von 47 auf 54, während jene von Abwärtstrends dominierten Sektoren von vier auf nur noch zwei schrumpfte. In 35 Sektoren halten sich Auf- und Abwärtstrends in etwa die Waage. Kurzum: Die mittelfristigen Börsenampeln stehen auf grün. Alle Crashes und Bärenmärkte in den zurückliegenden Jahrzehnten fanden in unserer Pfadfinder-Trendmatrix in Rotphasen statt. Sollte es wider Erwarten zu einer Korrektur kommen und unsere Börsenampeln auf grün bleiben, gilt es diese zu nutzen.

Ihr
Wolfram Neubrandner
Hanseatischer Anleger-Club (HAC)

Weitere Informationen zum Hanseatischen Anleger-Club finden Sie unter www.hac.de.

(Haftungsausschluss: Dieser Kommentar wurde nur zu Informationszwecken erstellt. Er ist kein Angebot zum Kauf/Verkauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Anlageinstrumenten)

IR-Kontakte

Die Investor-Relations-Abteilungen stellen sich vor



Bechtle AG

Martin Link

Leitung Investor Relations
Bechtle AG
Bechtle Platz 1
74172 Neckarsulm

Tel. +49 (0) 7132 981-4149
E-Mail: ir@bechtle.com
Web: www.bechtle.com



Viscom AG

Anna Borkowski

Investor Relations Manager
Viscom AG
Carl-Buderus-Straße 9-15
30455 Hannover

Tel. +49 511 94996-861
E-Mail: investor.relations@viscom.de
Web: www.viscom.com



KPS AG

Isabel Hoyer

Investor Relations
KPS AG
Beta-Straße 10H
85774 Unterföhring

Tel. +49 89 35631-0
E-Mail: ir@kps.com
Web: www.kps.com



Wirecard AG

Iris Stöckl

VP Investor Relations
Wirecard AG
Einsteinring 35
85609 Aschheim

Tel. +49 (0) 89 4424-1788
E-Mail: InvestorRelations@wirecard.com
Web: www.wirecard.de / www.wirecard.com



Siltronic AG

Petra Müller

Corporate Vice President
Head of Investor Relations &
Communications
Siltronic AG
Hanns-Seidel-Platz 4
81737 München

Tel. +49 89 8564 3133
E-Mail: investor.relations@siltronic.com
Web: www.siltronic.com



Deutsche Telekom AG

Hannes Wittig

Head of Investor Relations
Deutsche Telekom AG
Friedrich-Ebert-Allee 140
53113 Bonn

Tel. 0228 181 88 880
E-Mail: investor.relations@telekom.de
Web: www.telekom.com/ir



Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de



IR-Kontakte

Die Investor-Relations-Abteilungen stellen sich vor



DEUTZ AG

Christian Krupp
 DEUTZ AG
 Ottostr. 1
 51149 Köln (Porz-Eil)

Telefon +49 221 822 5400
 Telefax +49 221 822 15 5401
 E-Mail: ir@deutz.com
 Web: www.deutz.com



SURTECO GROUP SE

Martin Miller
 Investor Relations
 SURTECO GROUP SE
 Johan-Viktor-Bausch-Str. 2
 86647 Buttenwiesen

**SURTECO
 GROUP**

we create.
 we innovate.

Tel. +49 8274 9988-508
 E-Mail: info@surteco-group.com
 Web: www.surteco-group.de

VIB Vermögen AG

Petra Riechert
 Leiterin Investor Relations
 Tilly-Park 1
 86633 Neuburg/Donau



Tel. +49 8431 9077 952
 E-Mail: petra.riechert@vib-ag.de
 Web: vib-ag.de

HOCHTIEF Aktiengesellschaft

Tobias Loskamp, CFA
 Head of Capital Markets Strategy
 Opernplatz 2
 45128 Essen



Tel. +49 201 824 1870
 E-Mail: investor-relations@hochtief.de
 Web: www.hochtief.de

Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de



Schon Mitglied?

1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder



Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.

DSW
Die Anlegerschützer

Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.



JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Den Jahresbeitrag in Höhe von €125,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Bankeinzug

Bank

Kontonummer

BLZ

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.
Per Post senden an:

DSW –
Deutsche Schutzvereinigung
für Wertpapierbesitz e. V.
Postfach 350163
40443 Düsseldorf
Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22
Telefax: 02 11/66 97 60

Internet: www.dsw-info.de
E-Mail: dsw@dsw-info.de